

Überwindung des Zinssystems - aber wie denn?

Anmerkungen zu einem Zeitungsbeitrag Gerhoch Reiseggers zur Zinsproblematik

In der Mai-Ausgabe 2004 der *Deutschen Stimme* ist zur Zinsfrage eine längere Abhandlung erschienen, verfaßt von dem in letzter Zeit durch mehrere Buchveröffentlichungen bekannt gewordenen Gerhoch Reisegger. Darin wird auch skizziert, wie ein zinsbefreites Geldsystem aussehen könnte. Aber vieles davon fordert zum Widerspruch heraus.

Auf den folgenden Seiten sollen nun Reiseggers Ausführungen von mehreren Seiten beleuchtet und zugleich zum Anlaß genommen werden, einen etwas anderen Entwurf für ein besseres Geldsystem vorzustellen.

Dennoch, es ist außerordentlich erfreulich, wenn sich ein bekannter Schriftsteller so eindeutig gegen das Zinssystem ausspricht und es als die Grundursache fast aller heutigen Fehlentwicklungen herausstellt.

Gut gewählt sind bereits die Schlagzeilen, die auf Reiseggers Beitrag einstimmen:
"Geldkapitalismus / Der Zins als Motor der Staaten- und Völkerzerstörung / Zentrale Fragen einer nationalen Geld- und Wirtschaftsreform".

Eine ganze Reihe von Reiseggers Aussagen treffen voll ins Schwarze, z.B. die im Schlußabschnitt:
"Die Urübel sind: der Zins ... Nationale Politik, die dies nicht erkennt, ist höchstens ein Bierschwefel [?] für den Stammtisch. Ohne diese Fragen zu lösen, gibt es keine Politik überhaupt mehr."

Außerordentlich erhellend ist ferner die Art, wie Reisegger am Rechenbeispiel des **Josefspennings** nachweist, daß nach dem Zinseszinsprinzip eine ins Irrsinnige ausartende exponentielle Vermehrung der Geldvermögen (und der Schulden!) stattfindet (3. Spalte, Mitte).

Kritische Anmerkungen zu Einzelaussagen

1) Reisegger beklagt zurecht (6. Spalte, oben) *"das exponentielle Wachstum des Finanzkapitals"*. Daraus erfolge *"eine ins Unermeßliche gestiegene Geldschöpfung"*, eine *"creatio ex nihilo"*, das *"fiat money' aus der Notenpresse"*.

Genauer betrachtet sind die Zusammenhänge aber so: Zinseszinsbedingt nehmen die Geldvermögen unaufhörlich zu. Im Gleichschritt damit gehen die Schulden - und die Zinszahlungspflichten - in die Höhe. Wollen die Unternehmen imstande sein, diese Mehrkosten aufzubringen, können sie kaum anders, als die Gütererzeugung auszuweiten (oder bzw. gleichzeitig zu rationalisieren und Arbeitskräfte zu entlassen). Die Notenbank sieht sich dadurch veranlaßt - will sie ihrem Auftrag, die Währung einigermäßen stabil zu erhalten, Genüge tun -, dieses solchermäßen ausgelöste Güterwachstum mit einer Vermehrung der umlaufenden Geldmenge zu unterfüttern. Seitdem das Goldgeld durch eine Papier- bzw. Buchgeldwährung ersetzt ist, kann sie das mühelos tun. Die Ursache dieser zusätzlichen *"Geldschöpfung"* ist also der **zinseszinsbedingte Zwang zum Wirtschaftswachstum**.

Es kommt freilich hinzu, daß die Zentralbank zur Abwendung deflationärer Gefahren (bei zunehmender Geldhortung) oft ein Übermaß von Geld in Verkehr setzt und damit ein "inflationäres Potential" erzeugt (wie die Bundesbank das immer genannt hat).

Es gibt ein drittes Gefahrenpotential, nämlich die **Buch- bzw. Kreditgeldschöpfung durch die Geschäftsbanken**. Diese kann jedoch (und muß) bei einer Neugestaltung des Geldwesens durch das **Gebot der Fristenübereinstimmung** ("Fristenkongruenz") zwischen Bankeinlagen und -darlehen wirksam unterbunden werden.

2) Reisegger weist einerseits auf die Verderblichkeit bzw. den "**Wertverlust**" der **allermeisten Tauschgüter** hin; er zieht daraus aber nicht den naheliegenden Schluß, daß das Geld - als Äquivalent (Gegenwert) der Ware - gleichfalls zu einer verderblichen Ware gemacht werden sollte!

Stattdessen lobt er am Geld, daß es ein "**Wertaufbewahrungsmittel**" sei, daß man damit für zukünftige Verwendungen "*sparen*" könne: "*für Notfälle, für Erwerbsunfähigkeit im Alter*" usw. Wirklich? Einige Abschnitte später führt er doch selber aus, daß das heutige Papiergeld "*von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr weniger wert wird*", also höchst inflationsanfällig ist, ja, daß bei Währungszusammenbrüchen das Ersparte sogar gänzlich verloren gehen kann.

3) Reisegger scheint der Auffassung zuzuneigen, daß eine Papierwährung durch Gold abgedeckt sein müsse: "*Die Aufbewahrung von echtem Geld (Gold- und Silbermünzen) unterm Misthaufen hätte zu keinem Wertverlust des Geldes geführt, die 'sichere' Aufbewahrung auf dem Sparkonto der Bank hingegen führte zu einer Erosion des Ersparten.*" (2. Spalte, unten)

Dazu wäre zu sagen: Eine **Edelmetallwährung** (in Gestalt von Gold- oder Silbermünzen) ist keineswegs stabil; denn der Goldpreis schwankt laufend, und zwar beträchtlich, sowohl in kurzfristigen als auch in langfristigen Wellen. Sie hat außerdem immer wieder zu schlimmen Währungskrisen geführt, z.B. zur verhängnisvollen Deflationskrise der dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts: Weil der Goldschatz der Deutschen Reichsbank dahinschwand, mußte die umlaufende Geldmenge verringert werden! Auch bereits davor führte die Möglichkeit, Goldgeld zu horten, immer wieder zu deflationären Wirtschaftseinbrüchen. Die Abkoppelung von der Golddeckung und der Übergang zur reinen Papierwährung (ohne inneren Sachwert, aber gedeckt durch die Wirtschaftsleistung) war also ein gewaltiger Fortschritt! Nach Verwirklichung der freiwirtschaftlichen Hauptforderungen läßt sich die umlaufende Geldmenge genauestens an die Entwicklung der Wirtschaftsleistung anpassen, und damit ist der "*unbegrenzten Geldschöpfung*" (der Notenbank, der Geschäftsbanken) für immer ein Ende gesetzt. (Zur Erläuterung: "Freiwirtschaftslehre" nannte Silvio Gesell das von ihm begründete Gedankengebäude zur Zinsüberwindung.)

4) **Zur Rolle der Notenbanken:** Die Bundesbank jedenfalls war keine Geldquelle für die Hochfinanz. Ihre Zinseinnahmen aus der Geldschöpfung und aus den (ertragbringend angelegten) Währungsreserven schüttete sie an die Regierung aus, nach Abzug der eigenen Kosten. Zudem war sie unabhängig nur in dem Sinn, daß die Regierung sie bei ihrem gesetzlich vorgeschriebenen Auftrag, die Währung stabil zu erhalten, nicht stören durfte.

Die amerikanische Zentralbank freilich, die **FED**, gehört privaten Aktionären. (Das trifft heute noch auf eine Reihe weiterer Nationalbanken zu, z.B. die der Schweiz.) Dann allerdings ist Mißbrauch und eine Selbstbereicherung auf Kosten der Allgemeinheit nicht auszuschließen. Daß z.B. die FED als Zentralbank des mächtigsten Staates der Welt von den einflußreichsten US-Banken dominiert wird, ist allgemein bekannt. Dazu nähere Ausführungen zu machen, ist hier aber nicht der Platz.

Es sei aber betont, daß nach einem freiwirtschaftlichen Umbau des Geld- und Bankwesens Notenbanken niemals mehr bedrohliche Machtgebilde sein können.

5) **Silvio Gesell**, und nach ihm **John Maynard Keynes**, haben (jedenfalls in der Neuzeit) als erste das **wahre Wesen bzw. die Entstehungsursachen des Zinses** erkannt. Keynes lieferte in seinem Hauptwerk *Allgemeine Theorie* (usw.) sogar eine noch bessere Erklärung: Weil Liquidität (Bar- und Gerdgeld) sich durch Vorteile auszeichnet, muß der Kreditsuchende dem Geldbesitzer für den Verzicht auf die Liquiditätsvorteile ("*Transaktions-, Risiko- und Spekulationsmotiv*") eine Entschädigung bezahlen, eben den Zins (genauer: den Urzins, den Grundzins).

Was also tun? Dies (Gesell, Keynes): Mit einer **Umlaufsicherungsgebühr** auf alles Bar- und Buchgeld muß man diese Liquiditätsvorteile neutralisieren und kann hiermit den Urzins so gut wie sofort zum Verschwinden bringen. Er ist daraufhin ein für allemal ausgeremert. Alle sonstigen Vorschläge zur Zinsbeseitigung zielen nur auf die Symptome ab, bleiben also letztlich wirkungslos.

6) Solche **symptombezogenen Vorschläge** sind:

a) **Zinsverbote**: Katholische Kirche, bis ins 18. Jh.; Islam; auch einige heutige Geldtheoretiker, s. z.B. Reiseggers Abhandlung: *"Zins als arbeitsloses Einkommen ist unsittlich und ist daher zu verbieten."*

b) **Abschaffung des Geldsparens und des Geldverleihs**, damit auch des Zinses (Heinrich Färber)

c) Die **Geldschöpfungs-Vollmacht müsse ganz beim Staat verbleiben**; dieser solle dann **zinslose Kredite** zur Verfügung stellen, vor allem für Gemeinschaftsvorhaben: Straßen-, Gleis- und Tunnelbau, Schulen, Universitäten, sonstige Bildungseinrichtungen, Bäder, Energieversorgung, militärische Verteidigung, usw.

Vorschläge der letztgenannten Kategorie machte z.B. **Gottfried Feder**, jetzt auch Reisegger in seiner *DS*-Abhandlung (5. Spalte, unten): Er fordert zunächst ein Zinsverbot und fügt *"einschränkend"* hinzu: *"Dies gilt für den Staat und Unternehmen, die einerseits hoheitlich bürgen, andererseits mit dem Realkapital kalkulierbare Risiken für investiertes Kapital - im Sinne von Wagniskapital - darstellen."* Ausnahme (6. Spalte, oben): *"Private Zinsvereinbarungen"*. Hier sei ein Zinsverbot nicht grundsätzlich angebracht; doch müsse solchen Geldgeschäften der *"Rechtsschutz"* entzogen werden.

7) Darauf wäre zu antworten:

a) Die **Zentralbank der Zukunft** bzw. die Währungsbehörde oder das Währungsamt der Zukunft einerseits und der Staat bzw. die **Regierung** andererseits müssen gemäß der Forderung nach Gewaltenteilung **streng voneinander getrennt** werden. Freilich sollte die Notenbank eine staatliche Einrichtung darstellen (z.B. des öffentlichen Rechts); sie muß aber, wie z.B. das heutige Bundesverfassungsgericht, regierungsunabhängig, d.h. vor der staatlichen Zudringlichkeit geschützt sein. Weil das letztere allzuhäufig nicht der Fall war, ist es in der Vergangenheit immer wieder zu Inflationen und Währungszusammenbrüchen gekommen. Wichtig ist jedoch: Weil nach Einführung der freiwirtschaftlichen Regelungen jede **Notenbank** eindeutig **imstande ist, die Währung absolut stabil zu erhalten** - jetzt ihre fast einzige Aufgabe - , kann und muß sie dazu, unter Strafandrohung, **gesetzlich verpflichtet** werden. Geldpolitischer Machtmißbrauch ist dann nicht mehr möglich.

b) Nach der **freiwirtschaftlichen Geldneuregelung** ist es den Geldbesitzern fast schlagartig unmöglich gemacht, für Ausleihungen noch Zinsen zu verlangen. Im Gegenteil, sie sind fast froh, überhaupt noch einen Geldabnehmer zu finden, denn Liquidität ist jetzt kostenpflichtig! **Der Zins** - bei neuen Darlehensverträgen - **hat sich also verflüchtigt** (wie man mit Altverträgen verfährt, bedarf besonderer Regelungen).

c) Wenn der **Staat der Zukunft**, über die Steuereinnahmen hinaus, Geld braucht (vermutlich nicht allzuoft), erhält er es **zinslos von seinen Bürgern** und kann damit weitere öffentliche Ausgaben bestreiten, ohne mit Zinszahlungen belastet zu sein.

Falls die **Notenbank** - wegen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts - den Geldumlauf erweitern muß, überreicht sie die dafür **erforderlichen Beträge - zinslos! - an die Regierung**, die diese dann - z.B. durch Herabsetzung irgendwelcher Steuern - in Verkehr bringt.

Zinslose Kredite für den Staat und vom Staat sind also eine natürliche Folge der freiwirtschaftlichen Neuerungen. Denn jetzt sind alle Darlehen zinsfrei, in allen Gesellschaftsbereichen, beim Staat, bei den Unternehmen, bei den privaten Haushalten.

8) Die **Gottfried Federsche** (und **Reiseggers**) Vorstellung, der Zins sei dann überwunden, wenn das (regierungsabhängige) Währungsamt dem Staat (und den Unternehmen) zinslose Kredite zur Verfügung stellt, führt also in die Irre. **Es handelt sich um eine lediglich punktuelle bzw. symptombezogene Vorgehensweise**, die lauter neue Probleme hervorbringt.

Was passiert denn mit den zinslosen Krediten, die im staatlichen Auftrag und über *"Investitionsbanken der Wirtschaft"* an die Unternehmen gehen? Die sind natürlich hochbeglückt. Aber in dem Augenblick, da diese Gelder in andere Hände gelangen - in die anderer Unternehmen, über Löhne oder Gehälter in die Hände des großen Publikums - ist plötzlich der Zins wieder da! Denn niemand ist bereit (s. die bereits beschriebene Keynes'sche Zinsentstehungstheorie), auf die Liquiditätsvorteile seines Spargeldes zu verzichten, ohne dafür ein Entgelt, eben den Zins, zu erhalten! Reiseggers (und Feders) Vorschlag, daß man dem *"Schuldenmachen auch den Rechtsschutz entzieht"* (Spalte 6, oben), hat lediglich zur Folge, daß der Kreditnehmer wegen des Ausfallrisikos noch weit

höhere Zinsen berappen muß. Und weil sich Sparkapital vor allem bei den privaten Haushalten ansammelt, muß der Staat und müssen die Unternehmen, sofern sie auf diese Geldmittel zugreifen wollen, doch wieder - Zinsen anbieten. Oder andernfalls müßte der Staat bzw. die Regierung wieder die Notenpresse in Gang setzen - was unsäglich hohe Geldentwertungsraten zur Folge hätte.

9) **Geld braucht einen Umlaufsantrieb.** Andernfalls wird erübrigt Geld nur täglich fällig oder sonstwie kurzfristig abrufbar angelegt; freilich auch spekulativ an der Börse, wo man dann kaum einen Zins (bzw. Dividende), sondern - im Glücksfall - Wagnis- bzw. Kasinogewinne erzielt.

Beim heutigen Geld ist dieser Umlaufsantrieb erstens der Zins (als Hauptmotor) und zweitens die Inflation (als Hilfsmotor).

Schaltet man diesen Hauptmotor durch ein Zinsverbot aus, läuft das erübrigte Geld (also sofern es nicht für sofortige Ausgaben benötigt wird) nicht mehr um. Es wird vermehrt gehortet, sei es zu Hause im Tresor (s. Japan) oder auf dem Girokonto oder sonstwo als kurzfristige Anlage. Weder die Wirtschaft noch der Staat erhielten somit die erforderlichen (längerfristigen) Darlehen. Die Unternehmenstätigkeit, das gesamte Gesellschaftsleben, käme weitgehend zum Erliegen.

10) Reisegger fordert nun, bewußt oder unbewußt in Anlehnung an Gottfried Feders Thesen, das Folgende: *"Das Bankwesen als Teil der Währungs- und Finanzordnung, hat weitgehend staatlich organisiert zu werden: einerseits um für die Staatsausgaben die nötigen Geldmittel zinsfrei bereitzustellen, andererseits um über Investitionsbanken die Wirtschaft mit Liquidität zu versorgen und für die volkswirtschaftliche Globalsteuerung der Investitionen zu sorgen."* (6. Spalte, Mitte)

Das erinnert leider allzusehr an **Karl Marxens Forderungen** im *Kommunistischen Manifest*. Derartiges läuft auf eine **Gesamtverstaatlichung der Geldzuflüsse** und damit letztlich des wirtschaftlichen Geschehens hinaus. Denn dann entscheiden nicht der Markt und nicht die unternehmerische Leistung, wer Geld und Kredite bekommt, sondern staatliche Behörden. Sind die in ihren Entscheidungen aber nicht meistens ideologisch gesteuert? Sind die nicht im Hinblick auf die unüberschaubare Vielfalt einer lebendigen Wirtschaft restlos überfordert? Ist das nicht ein grober Verstoß gegen ordnungspolitisches Denken? Und bekommen dann nicht zwangsläufig all diejenigen "zinsfreie" Kredite, die am besten organisiert sind; die sich am lautesten Gehör verschaffen können; die die besten Beziehungen zu den maßgeblichen Leuten im Staat haben; die sich dank ihrer Geldmacht ohnehin schon zahlreicher Privilegien erfreuen? Wird dann nicht das knappe Gut Finanzkapital massenhaft fehlgeleitet? Sollte sich der Staat nicht vielmehr auf die Setzung einer Rahmenordnung beschränken; freilich einer Rahmenordnung, deren Hauptaugenmerk die Sicherung des Gemeinwohls wäre?

11) Noch schlimmer: Natürlich braucht der **Staat** für seine hoheitlichen Aufgaben Geld. Sofern die Steuereinnahmen dafür nicht ausreichen, muß er sich bei seinen Bürgern verschulden. Nach Feders und Reissegers Meinung darf er jetzt aber **das Währungsamt anweisen, ihm zinsloses Geld** bzw. staatliche Gutscheine (die dann aber wie Geldscheine umlaufen) zur Verfügung zu stellen.

Das aber hat unvermeidlich **hohe Inflationsraten** zur Folge. Deshalb:

- die damit finanzierten Projekte bringen erst später Einnahmen (Gelder, die dann wirklich wieder aus dem Verkehr gezogen werden??);
- oder sie werfen überhaupt keine Einkünfte ab: Schulen, Straßen usw.;
- die Ansprüche des Staates sind bekanntlich grenzenlos;
- die ausgegebenen staatlichen Gut- bzw. Geldscheine entwickeln eine viel höhere Kaufkraft bzw. Inflationsaufblähung, weil sie ja mit der Ziffer der Umschlagshäufigkeit multipliziert werden müssen. (Man bedenke, daß in der alten BRD - nach Abzug der ins Ausland abgewanderten Banknoten - schätzungsweise nur 150 Mrd. DM wirklich umliefen, eine Summe, die einen kleinen Bruchteil der jährlichen Staatsausgaben darstellte! Die betrug z.B. bei uns im Jahr 2000 immerhin an die 1800 Mrd. DM!).

12) Die Entscheidung, wieviel Geld in Umlauf gesetzt wird, muß bei einer **regierungsunabhängigen Einrichtung liegen**, nämlich bei einem **autonomen Währungsamt** (Nationalbank usw.; zu deren Verpflichtungen, s.o.). **Man darf sie nicht einer Regierung (und deren grenzenlosen Bedürfnissen) überlassen!** Ein Beispiel: Wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst

(in der zinslosen Wirtschaft der Zukunft führt das nicht zur Arbeitslosigkeit!), darf die Zentralbank, soll die Währung stabil bleiben, überhaupt kein Geld mehr in Umlauf setzen! (Wie verhielte sich dann der Reiseggersche Staat??!) **Die Entscheidung, ob neues Geld in Umlauf gesetzt werden soll, darf nicht vom Geldbedarf des Staates abhängig gemacht werden, sondern allein von den Erfordernissen der Stabilerhaltung der Währung.** Höchst fragwürdig ist also, wenn Reisegger schreibt (5. Spalte, oben): *"Warum stellt der Staat sich für seine Staatsausgaben nicht die Zahlungsmittel - ohne Zinslast - selbst aus?"*

13) Unter den **heutigen Verhältnissen** kann eine **Zentralbank, z.B. die EZB**, gar nicht anders, als für das in Umlauf zu setzende Geld **von den Geschäftsbanken Zinsen zu verlangen**. Soll sie es denn zinslos abgeben? Welche Banken wären dann die Begünstigten? Stattdessen versteigert sie die Geldmittel (nach Nennung eines Mindestzinses) und kontingentiert sie häufig zugleich. Das geschieht zu etwa einem Drittel wöchentlich, so daß ungefähr in Monatsfrist fast die gesamte Bargeldversorgung eingezogen und zu etwas veränderten Bedingungen neu ausgegeben wird. Dabei versucht die EZB, meist durch sehr kleine Heraufsetzungen oder Verringerungen der Zinssätze für Zentralbankgeld-Kredite (die dann meistbietend an die Geschäftsbanken verkauft werden), auf die Menge des umlaufenden Geldes Einfluß zu nehmen und auf die Weise die Währung wenigstens halbwegs stabil zu erhalten (bei einem umlaufgesicherten Geld wären solche Zinsmanipulationen nicht erforderlich!).

Übrigens, es sei nochmals gesagt: Die ehemalige Bundesbank bereicherte sich keineswegs an diesen Zinseinnahmen. Sie reichte sie, zusammen mit den Einkünften aus den angelegten Dollarreseven, freilich nach Abzug der eigenen Aufwendungen, an die Regierung, also an den Staat weiter. Selbst die jetzige Europäische Zentralbank (EZB) handelt so (mit einigen Einschränkungen).

Ferner: Solange es bei der **heutigen Währungsbeschaffenheit** bleibt, muß man die Forderung, zusätzlich benötigtes **Zentralbankgeld zinslos an die Regierung** auszuhändigen (zur Weiterverteilung an die Bevölkerung), aus einem weiteren Grund als abwegig bezeichnen: Denn dadurch würde der EZB die richtige Steuerung der Geldmenge nicht nur noch mehr erschwert, sondern beinahe unmöglich gemacht. (Lesenswert ist hierzu die Abhandlung *"Was könnte zinsfreies Notenbankgeld verändern und bewirken?"* des Aachener Währungsfachmannes Helmut Creutz; *Humanwirtschaft*, Okt./Nov. 2001).

Literatur:

Reiner Bischoff: Entmachtung der Hochfinanz. Demokratie, Frieden, Arbeit für alle, Natur- und Kulturbewahrung sind möglich (408 S., 24,80 Euro, Verlag Freiland, ISBN 3-9808689-0-7; Bestellanschrift: Theodor Storm-Versandbuchhandlung, Pf. 1, 25884 Viöl

Dem Thema eines besseren Geldsystems sind darin 55 Seiten gewidmet.